

Ultranet: Nötig oder schädlich?

Bundestagswahl Die Bundestagskandidaten im Wahlkreis 199 zur neuen Stromautobahn

Koblenz/Region. Im Zuge der Energiewende sollen die Stromtrassen ausgebaut werden. Der Windstrom soll auf diese Weise vom Norden in den Süden Deutschlands transportiert werden, so heißt es vonseiten des Netzbetreibers Amprion. Möglich gemacht werden soll das unter anderem durch das Ultranetprojekt. Erstmals weltweit soll hierbei die Übertragung von Gleich- und Wechselstrom auf denselben Masten erfolgen – unter anderem zwischen Weißenthurm und Eitelborn. In der Bevölkerung gibt es massiven Widerstand gegen dieses Projekt, nicht zuletzt wegen der ungeklärten gesundheitlichen Risiken. Doch wie stehen die Bundestagskandidaten im Wahlkreis 199 zum Thema Ultranet? Wir haben für unsere Wahlserie nachgefragt. aeg



Fast idyllisch wirkt auf diesem Foto die Stromtrasse über den Rhein bei Urbar. Doch der Schein trügt: Die im Zuge des Ultranetprojektes geplante Umrüstung der Stromleitungen, die zukünftig Gleich- und Wechselstrom übertragen sollen, steht in der Kritik.

Archivfoto: Jennifer de Luca

Wie stehen Sie zum Ultranetprojekt, von dem Teile Ihres Wahlkreises bei einer Umsetzung betroffen wären?

Josef Oster (CDU)



Das Ultranet und die möglichen gesundheitlichen Gefahren bereiten vielen Menschen Sorgen. Ich gehe davon aus, dass wir den Weg der Energiewende konsequent fortführen müssen, deshalb werden neue Leitungssysteme unverzichtbar sein. Es muss aber vor Genehmigungen 100-prozentig feststehen, dass Gefährdungen für Menschen ausgeschlossen sind. Ich kann mir auch vorstellen, dass aufwendige und intelligent geplante Erdverkabelungen die besseren Lösungen sind. Da sind die Experten in der Pflicht, gute und vernünftige Lösungen zu finden.

Detlev Pilger (SPD)



Zunächst sind, bis auf wenige Unbelehrbare, die Menschen froh über den Ausstieg aus der Atomenergie. Gleichzeitig brauchen wir eine zuverlässige Versorgung mit bezahlbarer Energie in unserem Land. Der Strom, der im Norden produziert wird, muss in den Süden transportiert werden. Dies darf jedoch nicht zur gesundheitlichen Gefährdung der Menschen der Ultranettrasse führen. Es muss über Alternativstrecken nachgedacht werden, denn die Sicherheit geht vor.

Patrick Zwiernik (Grüne)



Für die Energiewende werden wir Trassen brauchen, um den Strom von windreicheren Regionen zu eher windstillen zu führen. Genauso sieht es mit der Wasserkraft und anderen Energiequellen aus. Hierfür dürfen aber keine Experimente an Bürgerinnen und Bürgern gemacht werden. Es gibt noch keine validen Untersuchungen zu den Auswirkungen der Gleichstromtrasse. Auch an anderer Stelle war es möglich, die Trasse unterirdisch zu verlegen. Dafür werde ich mich bei uns auch einsetzen.

Ulrich Lenz (Linke)



Erneuerbare, umweltverträgliche Energien sollten regional in genossenschaftlicher oder kommunaler Hand erzeugt werden. Diese regionalen Netze können dann miteinander vernetzt werden. Dadurch würde das Ultranet nicht benötigt. Dieses Projekt hilft nur den zu entflechtenden Energiemultis, unter anderem bei Offshorewindanlagen. Außerdem erfolgt der in unserer Region geplante Ausbau, einmalig in Deutschland, oberirdisch, sowie zum Teil bis in die Randlagen einiger Ortschaften. Grundsätzlich ist die beste Energiequelle der sparsame Umgang damit.

Florian Glock (FDP)



Um die beschlossene Energiewende zu schaffen, sind Tausende Kilometer neuer Stromleitungen notwendig. Der Netzausbau sollte im ständigen Dialog mit der Bevölkerung erfolgen. Solange die gesundheitlichen Risiken nicht hinreichend untersucht sind, fordere ich ein Moratorium für den Bauabschnitt der geplanten Ultranettrasse über Urbar, Koblenz-Wallersheim und Umgebung. Zugleich sollte die Planung einer alternativen Trassenführung aufgenommen werden.

Thomas Damson (AfD)



Ultranet wäre mit dem alternativen Energiekonzept der AfD nicht erforderlich. Aufgrund der Streckenlänge von 340 Kilometern ist keine teure Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung vonnöten, sondern stattdessen eine Erhöhung der bestehenden 400-Kilovolt-Wechselstromtrasse möglich. Im Bedarfsfall wäre zusätzlich an den Neubau eines hocheffizienten und umweltfreundlichen GuD-Kraftwerkes in Verbrauchernähe in Süddeutschland zu denken.

Marie Salm (Piraten)



Die Piratenpartei, und auch ich stehen dem Bau dieser großen Stromtrassen (nicht nur dem Ultranet-projekt) sehr skeptisch gegenüber. Ich sehe eine zukunftsfähige Energieversorgung für Deutschland und unsere Region in dezentraler Energieerzeugung. Hierzu hat die Piratenpartei klare Berechnungen und daraus resultierende Forderungen in ihrem Wahlprogramm, die ich teile. Genossenschaften für erneuerbare Energien, Kommunen, die auf Fotovoltaik setzen, sind da nur einige Beispiele. Saubere Elektromobilität wird auch zu diesem Umdenken führen.

Stefan Scheer (Freie Wähler)



Die Freien Wähler unterstützen die Bürgerinitiative „Pro Erdkabel Urbar“ seit deren Gründung. Daher fordern die Freien Wähler aussagekräftige Untersuchungen vor Baubeginn und wenn möglich, vorzugsweise eine Erdverkabelung zu wählen oder eine alternative Trasse zu bauen. Auch fordern die Freien Wähler die Bundesregierung auf, endlich die Energiewende voranzutreiben, statt Hochspannungsleitungen zu bauen, die lediglich Braunkohlestrom aus Nordrhein-Westfalen nach Philippsburg transportieren.

Andreas Müller („Die Partei“)



Könnte man das Geld nicht einfach nutzen, um erneuerbare Energien voranzutreiben? Außerdem, bevor langfristig nicht feststeht, ob die neuen Stromtrassen schädlich für die Gesundheit sind, halte ich eine Sache von der Thematik: Abstand.

Peter Babnik (Einzelbewerber)



Grundsätzlich sind erneuerbare Energien zu fördern (Wind, Sonne, Wasser, Erdwärme, Biogas etc.). Das Ultranet transportiert Kohlendioxid produzierende Kohleenergie aus NRW und ist daher nicht unterstützenswert. Der Klimawandel und die CO₂-Reduzierung sind ernst zu nehmen. Auch die Gesundheitsgefährdung von Menschen ist kritisch zu betrachten. Wissenschaftliche Vernunft sollte unsere Politik leiten. Erst der Mensch, dann das Geld. Menschenzentrierte Politik sieht das Wohl von möglichst vielen/allen Menschen als Ziel.

Konzert nach Orgelkurs in Bendorf-Sayn

Musik Teilnehmer stellen ihre Arbeit vor

Bendorf-Sayn. Der 16. Orgelkurs an der Landesmusikakademie endet am Donnerstag, 21. September, mit einem Abschlusskonzert mit freiem Eintritt um 18.30 Uhr in der Abteikirche in Bendorf-Sayn. Die Umgebung der Landesmusikakademie ist reich an charakteristischen Instrumenten. Unter ihnen nehmen die Stumm-Orgeln in Bendorf-Sayn und Heimbach-Weis einen besonderen Rang ein. An diesen Instrumenten findet beim traditionellen Orgelkurs an der Landesmusikakademie der Kursunterricht in Literaturspiel und Improvisation statt, der unter der bewährten Leitung von Prof. Gerhard Gnann und Prof. Hans-Jürgen Kaiser sowie Anna Pikulska steht. Das Orgelbüchlein von Johann Sebastian Bach BWV 599-644, das im Mittelpunkt der Kursarbeit steht, gehört zum Standardrepertoire eines jeden Organisten. Es ist ein „Schatzkästlein“ der Bach'schen Tonsprache und vor allem auch eine Anleitung „auf allerhand Arth einen Choral durchzuführen“, also die Techniken zur Bearbeitung auf andere Lieder zu übertragen.

Kompakt

Buntes Programm der Kreismusikschule

Vallendar. Die Kreismusikschule lädt für Samstag, 23. September, um 16 Uhr zur Schülerbühne in die Lukaskirche nach Vallendar ein. Der Eintritt ist frei. Zweigstellenleiterin Tanja Schwarz hat ein buntes Programm zusammengestellt. Anfänger und Fortgeschrittene stehen auf der Bühne und freuen sich auf ihre Gäste. In dem unterhaltsamen und abwechslungsreichen Programm erklingen unter anderem Blechblasinstrumente, Gitarre, Keyboard und Violine. Weitere Infos gibt es montags bis freitags von 8.30 bis 12 Uhr unter Tel. 02632/957 400, oder per E-Mail an info@kms-myk.de oder unter www.kms-myk.de

Latin-Jazz in der zweiten Heimat auf der Bühne

Höhr-Grenzhausen. Lulo Reinhardt ist inzwischen dafür bekannt, in der Accoustic Lounge immer wieder aufs Neue außergewöhnlich talentierte junge Musiker zu präsentieren. Dieses Mal wird Isabelle Wolff als Gast in der Accoustic Lounge auf der Bühne ihr Können zum Besten geben. An einem Seminar des Jazz-Vokalisten J. D. Walters 2016 in Griechenland entdeckte sie ihre Liebe zum Jazz, der seither ein Teil ihres ausdrucksstarken, mit offener und zugleich berührender Stimme vorgetragenen Gesangs ist. Die Latinjazz Formation Latenite tritt am Freitag, 29. September, um 20.30 Uhr im Kulturzentrum Zweite Heimat in Höhr-Grenzhausen auf. Karten sind erhältlich unter Tel. 02624/7257.

Höhr-Grenzhausens Schuldenberg wächst

Haushalt Unerwarteter Einbruch bei der Gewerbesteuer reißt Millionenloch

Von unserem Reporter Martin Boldt

Höhr-Grenzhausen. Die Kannenbäckerstadt rutscht weiter in die Schulden – diese Hiobsbotschaft überschattete die jüngste Sitzung der Höhr-Grenzhäuser Stadtrates. Der Grund: Anders als noch im Haushaltsplan für 2017 angenommen, ist es zu einem massiven Einbruch bei den Gewerbesteuern gekommen: Statt der kalkulierten 3,89 Millionen Euro geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass die Einnahmen – basierend auf den bis zum Stichtag 31. August eingegangenen Meldungen – ein Jahresergebnis von 2,7 Millionen Euro nicht übersteigen werden. Der ur-

sprünglich angestrebte ausgeglichene Haushalt der Stadt, ebenso wie die Bemühungen zum Schuldenabbau, sind damit hinfällig. „Wir rechnen mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt zum Ende des Jahres in Höhe von 369 000 Euro“, erläuterte Stadtbürgermeister Michael Thiesen den anwesenden Ratspolitikern. Dass diese Summe nicht noch etwas höher ausfällt, liegt unter anderem daran, dass verschiedene große Posten wie etwa die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Neubaugebiet „Hinterfeld“ wegen fehlender politischer Mehrheiten bereits suspendiert wurden. Aufgefangen wird die im Stadtsäckel klaffende Liquiditätslücke

durch die neuerliche Aufnahme von Kassenkrediten in Höhe von knapp 800 000 Euro. Das Gesamtvolumen dieser kurzfristigen Finanzhilfen wächst damit auf insgesamt 3,9 Millionen Euro an. Ursprünglich war hier für 2017 eigentlich eine Reduzierung der bestehenden Altlasten um 150 000 Euro geplant gewesen.

Auslöser des neuen Schuldenschocks sind im Wesentlichen die gemeldeten schlechten Wirtschaftsdaten acht größerer Unternehmen der Stadt, erklärt Joachim Breiden aus dem Fachbereich Finanzen. Die Stadt trifft aus seiner Sicht nur eine geringe Schuld: Die Mitarbeiter der

Kämmerei hätten sich bei ihrer Schätzung für 2017 an den Vorjahreseinnahmen, die 2015 und 2016 bei jeweils über 4,1 Millionen Euro lagen, orientiert. Ganz im Gegenteil: Trotz einer Erhöhung des Hebesatzes sei sogar recht pessimistisch kalkuliert worden. Auswirkungen wird die Misere auch auf den Haushalt der Verbandsgemeinde haben: Auch sie wird ihrerseits mit 219 000 Euro weniger Gewerbeumlage zu rechnen haben.

Um der angespannten Haushaltslage gerecht zu werden, hat Bürgermeister Thiesen für den 25. September einen außerordentlichen Workshop einberufen. An diesem Termin soll eine Prioritätenliste für

die Umsetzung wichtiger Projekte innerhalb der Stadt erarbeitet werden. Wo genau sich auf dieser Liste der Abriss der alten Sporthalle der Goethe-Schule und die dann geplante Umgestaltung des Areals hin zu einem multifunktionalen Begegnungsplatz einreihen werden, ist noch offen. Nichtsdestotrotz: Um mögliche Fördermittel in sechsstelliger Höhe für das Projekt aus dem Topf des Investitionsstocks des Innenministeriums des Landes nicht verfallen zu lassen, einigten sich die Ratsmitglieder, bei einer Gegenstimme, in der aktuellen Sitzung auf weitere Schritte in der Sache. Von den, während der Sitzung präsentierten vier Architektenentwürfen wurde jener mit dem geringsten finanziellen Aufwand gewählt. Angedacht ist demnach, ne-

ben der Schaffung zusätzlicher Parkplätze, eine ungefähr 700 Quadratmeter große Veranstaltungsfläche anzulegen, die für verschiedenste Aktionen und Feste der Kannenbäckerstadt genutzt werden soll (ein ausführlicher Bericht folgt). Insbesondere die Ratsmitglieder der SPD-Fraktion äußerten jedoch Bauchschmerzen: Trotz verschiedener Fördermöglichkeiten würde ein Eigenanteil der Stadt von mindestens 400 000 Euro verbleiben. „Wir werden viel Geld in die Hand nehmen müssen, das wir schlicht nicht haben“, mahnte Sigrid Keller. Ihre Zustimmung gaben die Sozialdemokraten aber dennoch, wohl wissend, dass die Angelegenheit bei einem positiven Förderbescheid erneut zur Abstimmung kommen müsste, um auch tatsächlich umgesetzt zu werden.